

Leserbriefe

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **74 (1999)**

Heft 11

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Expo.01 – eine Standortbestimmung

Expo.01 vor dem Aus? Seit Monaten wird um das ehrgeizige Projekt gestritten, werden echte und vermeintliche Skandale aufgedeckt, hängen Expo-Führungsleute freiwillig (oder auch nicht) ihre Hüte an den Nagel – und glauben immer weniger an die Eröffnung. Woran liegt es denn, dass sich bald niemand mehr für diese Expo erwärmen kann?

Wir Schweizer tun uns schwer mit unserer Selbstdarstellung – im eigenen Land, aber auch in Ausstellungen ausserhalb unserer Grenzen. «La Suisse n'existe pas» hiess es im Schweizer Pavillon 1992 an der Weltausstellung in Sevilla. Man wollte sich partout vom heilen «Schokolade-Alpen-Cliché» abwenden und eine andere, vor allem selbstkritische Schweiz vorzeigen; ein Bild allerdings, das genau so falsch war wie das besagte Schokolade-Cliché. Dieser Hang zur Selbstkritik, der inzwischen immer öfter auch in Selbstzerfleischung ausartet, war damals ohnehin gross in Mode. Erstmal richtig zum Ausbruch kam er zur 700-Jahr-Feier und zur ursprünglich geplanten Landesausstellung CH 91: nur ja keine Heimatgefühle und schon gar kein Nationalstolz. Selbstbesinnung war im Schwange. Die Auseinandersetzung mit den eigenen Unzulänglichkeiten wurde verordnet, vor allem von einer selbsternannten geistigen «Elite», die kompromisslos und sauer-töpfisch ihr Minderheitenbild einer Schweiz in «Sack und Asche» als Thema durchboxen wollte – und sich schliesslich schöne verweigerte, als sie dafür keinen Applaus erntete.

Angeknackstes Selbstvertrauen

Das Selbstbewusstsein der Schweizerinnen und Schweizer ist inzwischen tatsächlich angeknackst. Die Diskussionen um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und die dabei geäusserten, teils zutreffend, teils völlig absurden Beschuldigungen aus dem Ausland und nicht zuletzt aus der Schweiz selbst, liessen und lassen nicht wenige Verunsicherte an sich und ihrem Land zweifeln. Wiederum übertrafen sich einzelne Repräsentanten der Schweizer «Intelligenzija» in massloser Kritik an ihrem eigenen Land – und verordneten dem Volk erneut Bussübungen und ödes Herumstochern in tatsächlichen und vermeintlichen Sünden. In diesem Klima soll nun im Jahre 2001 eine Expo stattfinden? Eine Landesausstellung, zu der schon von Anfang an wieder eine Minderheit der Mehrheit den Tarif erklärt hat, wie diese Selbstdarstellung denn nun abgefeiert werden dürfe: hintersinnend abgehoben – aber von höchstem kulturellem Wert, ganz sicher ohne jeden Hauch von Heimatgefühl und Nationalstolz – und unter Ausschluss der Volkskultur, der Wirtschaft, der Armee usw., zumindest vorerst.

Hand aufs Herz: Wer lässt sich denn für eine solche Expo begeistern, die ein Bild der Schweiz zeichnen will, wie es wiederum nur eine Minderheit sieht?

Wer lässt sich denn für eine Landesausstellung erwärmen, die erneut «Sack und Asche» befürchten lässt? Die Wirtschaft etwa, die sich dabei als Goldesel missbraucht fühlt? Oder gar die Bevölkerung, die nachgerade die Nase voll hat von verordneten Bussübungen? Mich wundert angesichts dieser Aussichten der Expo-Katzenjammer nicht mehr...

Ich weiss: Meine ganze Klima-Schilderung ist überzeichnet. Ich weiss, dass die Zusammenhänge komplexer sind. Trotzdem ist klar: So-

lange wir nicht endlich aus der akuten Grübler-Stimmung herausfinden, solange sind Vorhaben wie eine Expo zumindest problematisch, wenn nicht gar gefährdet.

Genug gegrübelt

Eine meiner Lieblingsskulpturen ist Bettina Eichins ausdrucksstarke und auch nachdenklich stimmende «Helvetia auf der Reise», die auf der Basler Mittleren Brücke sitzt und gedankenvoll in die Ferne blickt. Auch wenn Frau Eichin damit vermutlich etwas anderes ausdrücken wollte: Für mich ist diese sitzende und sinnierende Helvetia geradezu symbolhaft für das geschilderte aktuelle Klima in unserem Land. Sitzen und sinnieren wir mittlerweile nicht schon allzu lange?

Es war und ist zweifellos richtig, dass wir Schweizer unser Selbstverständnis überprüft haben, wenn auch nicht ganz freiwillig. Es schadet sicher nicht, dass dabei das «Heile-Welt-Image» der Schweiz etwas zurechtgerückt worden ist. Doch deswegen ist der Lack an der Schweiz nicht ab, wie dies einzelne Sauer-töpfe immer wieder glauben machen wollen. Wir haben trotz Fehlern – trotz einiger Kratzer im besagten Lack – noch immer sehr viel Grund, auf unser Land, auf uns und unsere Leistungen stolz zu sein. Und wir dürfen – wir sollen – diesen Stolz auch zeigen und dazu stehen: gerade an einer Landesausstellung. Ich bin sicher: Wir alle haben vorerst mehr als genug selbstkritisch über uns nachgedacht. Es wird Zeit, dass wir wieder aufstehen, denn nur so kommen wir zu einem Ziel – auch zu einer Expo, welche die ganze Bevölkerung zu erwärmen, ja zu begeistern vermag.

Aus «Basler Woche», 24.9.99,
H.R. Gysin, Pratteln

Keine Diskussionen mehr um unsere Sicherheitspolitik?

Nach der Veröffentlichung des bundesrätlichen Berichtes über die Sicherheitspolitik 2000 und der umfassenden Propaganda-Kampagne des Departementes VBS, «Sicherheit durch Kooperation», macht es den Anschein, dass für unsere oberen politischen und militärischen Instanzen Diskussionen über das neue sicherheitspolitische Konzept unerwünscht sind. Diesem Bestreben ist Einhalt zu gebieten. Das aus folgenden Gründen:

1. Studiert man die verfügbaren Unterlagen (z.B.: Broschüre VBS und Trp Info-Bulletin 2/1999), so fällt besonders auf:
 - Der Begriff «Unabhängigkeit des Landes» gemäss Art. 2.1. der Bundesverfassung wird konsequent vermieden.
 - Für die Existenzsicherung und die friedensfördernden Einsätze (z.B. im internationalen Rahmen) werden mehr Leute, für die eigentliche Landesverteidigung weniger Leute vorgesehen.
2. Daraus stellt sich die Frage, ob unsere Armee XXI primär eine Armee für die anderen sein soll? Ist dies bei unseren finanziellen Engpässen wirklich vertretbar?
3. Es geht nicht an, dass für die Uraufgabe der Armee, für die Landesverteidigung weniger Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ob das sogenannte Hochfahren der Bestände, der Dienstpflichtdauer, der Ausrüstung und Ausbildung zu gegebener Zeit rechtzeitig verwirklicht werden kann, ist mehr als ungewiss.

Über die in den vorstehenden Ziffern 1 bis 3 erwähnten Bereiche sollte eine möglichst breite Diskussion Platz greifen können.

H. Wächter, Stein a.Rh.

Swisscoy

Ein kostspieliger Verhältnisblödsinn

Am 12. Juni 1994 verwarf der Schweizer Souverän deutlich die Blauhelm-Vorlage, welche Armee-Einsätze im Ausland ermöglichen sollte. Der Bundesrat als Exekutive (vollziehende, vollstreckende Behörde im Staate) ist aber – einmal mehr! – nicht gewillt, diesen eindeutigen Volkswillen zu respektieren.

So will der Bundesrat im Oktober 142 uniformierte Schweizer(innen) in die Krisenregion Kosovo entsenden. Diese Swisscoy wird im deutschen Sektor einer Einheit bewaffneter Österreicher partnerschaftlich «beigeordnet». Das äusserst zweifelhafte Vorhaben widerspricht in verschiedener Hinsicht krass dem Eid, den die Verantwortlichen auf die Verfassung geleistet haben. Diese Aktion soll – vorläufig – 55 Millionen Franken kosten; demnach stolze 343 750 Franken pro Person! Weil diese horrend Summe vom Militärbudget abgezwickelt wird, dürften besonders die Armeearbeiter Beifall klatschen.

Laut nachgedacht wird weiter über den Einsatz von Schützenpanzern «zum Selbstschutz» sowie die Beschaffung von Grossraum-Transportflugzeugen und Kampfhelikoptern. Im Rahmen des Konzeptes «Sicherheit durch Kooperation» müsse unsere Luftwaffe auch auf Auslandeinsätze vorbereitet werden. Zielsetzung: «Erreichen der Luftüberlegenheit – allenfalls Beitrag dazu – über dem (ausländischen!) Einsatzgebiet der eigenen (160 Mann starken?) Truppe.»

Vergleiche:

- Die 160 Soldaten werden die KFOR-Truppen im Kosovo um ungefähr 3 Promille «verstärken»! Vollmundig wird die Swisscoy als Ausdruck unserer internationalen Solidarität vermarktet.
- Diese freiwilligen Zeitsoldaten werden als weltweit kostspieligste «Kämpfer für den Frieden» in die helvetische Geschichte eingehen.
- Die Swisscoy konkurrenziert (aus Grossmannssucht einiger «Magistraten» und/oder krasser Fehlinvestition von Steuergeldern) unserer bewährten, äusserst wirksamen und anerkannten Katastrophenhilfekorps (SKH) sowie das Rote Kreuz! Wie viele Unterkünfte für den kommenden Winter könnte das SKH mit dieser Summe erstellen?
- Ein bekanntes Hilfswerk will mit 50 Franken ein Kind in einem der ärmsten Länder ein Jahr lang mit sauberem Trinkwasser versorgen. Mit dieser hinausgeworfenen 55-Millionen-Fehl-investition könnten 1 100 000 arme Kinder ein ganzes Jahr lang keimfreies Wasser trinken! Fazit: Es zeigt sich einmal mehr, dass die Schweiz unbedingt ein Verfassungsgericht braucht, damit kostspielige Verschleuderung von Steuergeldern in ineffiziente Produkte mit vernichtend negativer Kosten-Nutzen-Rechnung (Swisscoy, Solidaritätsstiftung), Missachtung des Volkswillens (z.B. Blauhelm-Abstimmung) oder gar Meineid (Aufgabe von Selbstbestimmungsrecht und Neutralität, EU-Beitritt) durch uns Bürger(innen) eingeklagt werden können.

Hans Biedermann, Oberst aD, Kappelen